



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 8. September 2020
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

A 353 Anfrage Bucheli Hanspeter und Mit. über die Projektvergabe für die Planung und die Realisierung des zentralen Verwaltungsgebäudes am Seetalplatz (ZVSE) / Finanzdepartement

Die Anfrage A 353 wurde auf die September-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung zu.

Die Anfrage A 353 und das Postulat P 142 von Hasan Candan über die Verwendung von Luzerner Holz beim Bau und Betrieb des neuen Sicherheitszentrums in Rothenburg werden als Paket behandelt.

Hanspeter Bucheli ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Folgende Anträge liegen zum Postulat P 142 vor: Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung. Hasan Candan hält an seinem Postulat fest.

Hanspeter Bucheli: Ich bedanke mich bei der Regierung für die Beantwortung der Fragen. Ich bin mit der Antwort teilweise zufrieden und verlange Diskussion. Zum Postulat P 142: Die Waldwirtschaft ist wirklich in einer ausserordentlich prekären Situation. Das wirksamste und beste Mittel, um dem Wald zu helfen, ist, das Holz öfter und besser zu nutzen. So tun wir nicht nur dem Wald etwas Gutes, sondern schützen zugleich auch das Klima. Das Postulat P 142 will nichts anderes. Im Übrigen hat dieses Parlament diesem Willen schon mehrmals Ausdruck verliehen. Der Regierungsrat zitiert in der Antwort das Kantonale Waldgesetz, welches besagt, dass die Holznutzung gefördert werden soll. Er zeigt auch auf, wo bei kantonalen Aufträgen Holz verwendet wird. Das nehmen wir positiv zur Kenntnis. Im nächsten Abschnitt beruft sich die Regierung aber auf das Recht, das bei öffentlichen Beschaffungen gilt, und begründet dessen Einhaltung. Für einige ist dies ein Déjà-vu. Wir stellen das Submissionsgesetz aber nicht infrage; doch aus Sicht des Waldes gibt es keinen stichhaltigen Grund, dieses Postulat nicht erheblich zu erklären. Es ist ein Postulat und somit ein Prüfauftrag. Die CVP-Fraktion ist mehrheitlich der Meinung, dass dieses Postulat erheblich erklärt werden sollte. Zur Anfrage A 353: Wir sind uns bewusst, dass die Anforderungen des Wettbewerbs und der Ausschreibung sehr hoch waren. Das zweistufige Wettbewerbsverfahren ist abgeschlossen, und das Siegerprojekt «Metropol» steht fest. Das stellen wir in keiner Weise infrage. Die Detailplanung wird jetzt beginnen, und die Regierung hält in der Antwort fest, dass es noch Faktoren gibt, die auch bezüglich der Verwendung von Holz optimiert werden können. Ich hoffe, dass die involvierten «Hölzigen» diesbezüglich noch eine Verbesserung erzielen können. Nun werde ich etwas grundsätzlich. Ich bin Waldbesitzer und Präsident der Wald und Holz Genossenschaft Rottal und Sempachersee West und somit recht nahe am Geschehen. Die Lager der Sägereien sind voll, Tausende Kubikmeter Holz liegen noch im Wald, neue Käfernester sind ersichtlich, und es kann nicht mehr alles Holz genutzt werden. Wir exportieren sogar kleinere Mengen Rundholz nach

Italien. Wir kommen an kein Ziel. Auf der anderen Seite machen wir eine Klimasession und rufen den Klimanotstand aus, und jeder weiss hier drin, wie es eigentlich laufen sollte. Aber wenn man dann zur Tat schreiten sollte, kreieren wir Ausrede über Ausrede. Wir sind nicht bereit, den Pflock einzuschlagen. Beinahe hätte ich gesagt: Wir sind nicht auf dem Holzweg. Ich wünschte mir aber, dass wir auf diesen kommen.

Hasan Candan: Ich spreche zu beiden Vorstössen. Zuerst eine amüsante Vorbemerkung: Ich habe mit Freude die Medienmitteilung der Regierung über das weitere Vorgehen beim Bau des zentralen Verwaltungsgebäudes am Seetalplatz gelesen. Dort wird geschrieben: «Ein Luzerner Unternehmen wird dieses Gebäude bauen.» Ich musste schmunzeln, denn es ist in diesem Rat angekommen, dass Holz das Baumaterial der Zukunft ist. Hanspeter Bucheli hat bereits erwähnt, aus welchen Gründen wir diesen Weg gehen müssen. Es ist nicht nur wegen der Wirtschafts- und Standortförderung, sondern auch wegen unserer gesetzten Klimaziele von «Netto null 2050». Der Hauptsitz des «Luzerner» Unternehmens Losinger Marazzi ist in Bern, der CEO hat auch einen Berner Namen. Es ist ein Tochterunternehmen des internationalen Grosskonzerns Bouygues Constructions mit Sitz in Paris. Was wirklich aus dem Kanton Luzern kommt, sind die 1600 Kubikmeter Rundholz. Es ist eine Tatsache, dass die Projekte auf Platz zwei, drei und vier alle mehr Rundholz verbaut hätten, nämlich bis zu 5000 Kubikmeter. Aus unserer Sicht ist die gesetzliche Regelung klar. In der Stellungnahme zu meinem Postulat wird geschrieben, dass der Kanton die Verwendung von einheimischem Holz als Bau- und Werkstoff sowie als Energieträger bei all seinen Tätigkeiten fördere. Deutlicher geht es nicht. Wenn wir die CO₂-Emissionen reduzieren wollen, müssen wir beim Transport anfangen. Wenn Holz von weit her importiert wird, kommt es zu einem höheren CO₂-Ausstoss. Wir können eine In-House-Lieferung vorschreiben, denn im Gesetz ist die Förderung von Holz verankert. Zudem haben wir unsere Klimaziele, die «Netto null 2050» fordern. Deshalb ist die Erheblicherklärung meines Postulats sinnvoll.

Urs Brücker: Ich spreche zum ganzen Paket. Zum Postulat P 142: Für die GLP-Fraktion sind die Ausführungen des Regierungsrates sehr informativ und plausibel. Bei allem Streben nach Nachhaltigkeit und dem Ziel, lokal anfallendes Holz bei kantonalen Hochbauprojekten vermehrt einzusetzen, führt der Regierungsrat zu Recht aus, dass es geltende Rahmenbedingungen gebe, die einzuhalten sind. Zudem sollten wir die Räume auch nicht allzu eng machen, denn im Kanton Zug oder Schwyz bindet das Holz gleich viel CO₂ wie im Kanton Luzern. Wir sollten uns keine zu engen Fesseln anlegen, denn vielleicht möchten unsere Waldbesitzer auch noch Holz an unsere Nachbarkantone liefern. Das bedingt dann auch, dass wir den Import des Holzes aus den Nachbarkantonen zulassen. Die GLP-Fraktion ist mit der teilweisen Erheblicherklärung einverstanden. Zur Anfrage A 353: Am 27. März 2017 haben wir hier ein Postulat von Hasan Candan erheblich erklärt, und darin forderten wir einen grossen Anteil einheimischen Holzes im neuen Verwaltungsgebäude. Wenn man die ausführlichen Antworten des Regierungsrates auf die Anfrage liest, merkt man, dass die gestellten Fragen nicht unbegründet sind. Die Erhöhung des Holzbedarfs beim Siegerprojekt «Metropol» ist für den Regierungsrat ein Thema, und offensichtlich läuft die Überprüfung in diese Richtung. Es zeichnen sich Verbesserungsmassnahmen ab. Die GLP ist darüber erfreut. Es spielt für uns jedoch eine Rolle, woher das Holz schlussendlich kommt. Es sollte grossmehrheitlich aus der Schweiz stammen und nicht aus der ganzen Welt nach Emmen gefahren werden. Wir erwarten, dass der Regierungsrat über den optimierten Holzeinsatz beim Siegerprojekt zu gegebener Zeit wieder informiert.

Andreas Hofer: Ich spreche auch zu beiden Vorstössen. Die Anfrage A 353 ist sehr technisch. Vor allem die Antwort zu Frage 6 hat mich sehr beeindruckt. Als ich die Berechnungsformel sah, dachte ich zuerst, das sei ein neues Tapetenmuster. Ich bin froh, dass ich keine solchen Berechnungen machen muss. Wenn ich die Antwort insgesamt anschau, muss ich sagen, dass die Baubranche in den letzten Jahren riesige Fortschritte gemacht hat. Aber das gilt nicht nur für die Baubranche, sondern auch für den Kanton Luzern. Noch vor zehn Jahren wurden die Grünen ausgelacht, wenn sie bei einem Bauprojekt eine nachhaltige, ressourcenschonende und energieeffiziente Bauweise

forderten. Heute ist dies schon fast Standard, aber es gibt immer noch Luft nach oben. Dabei hat die öffentliche Hand eine grosse Vorbildfunktion. Die Verwendung von einheimischem Holz muss noch vermehrt gefördert werden. Es stört mich, wenn ich in der Antwort zu Frage 4 lese, dass die Projekte auf Platz zwei, drei und vier mehr Holz verbaut hätten als das Siegerprojekt. Es steht, dass das dann allerdings Holz aus Deutschland gewesen wäre. Ich kann nicht glauben, dass wir in der Schweiz nicht auch innovative Holzbaufirmen haben, die hochleistungsfähige Konstruktionen bauen können. Holz haben wir auch genug. Die Stellungnahme zum Postulat P 142 ist eine kleine Einführung in das Beschaffungswesen des Kantons Luzern. Die Ausführungen zeigen die negativen Auswirkungen des freien Handels und der Globalisierung. Das Postulat ist aber nicht der richtige Anlass, daran etwas zu ändern. Ich glaube aber, dass der Kanton Luzern in dieser Thematik den Spielraum besser ausnützen kann und muss. In diesem Sinn unterstützt die G/JG-Fraktion die Erheblicherklärung des Postulats P 142.

Andreas Bärtschi: Ich spreche zum Postulat P 142. Das Postulat hat in der FDP-Fraktion grosse Sympathien; so ist es auch von sechs FDP-Mitgliedern unterzeichnet worden. Aufgrund des Diskriminierungsverbots dürfen wir hier jedoch nicht auf Schweizer oder Luzerner Holz bestehen. Aus diesem Grund wird die FDP-Fraktion grossmehrheitlich für die teilweise Erheblicherklärung stimmen.

Andreas Moser: Ich spreche zur Anfrage A 353. Die Beantwortung dieser Anfrage ist aus Sicht der FDP schlüssig und entspricht den Erwartungen. Holz als Werkstoff ist vom Kantonsrat bei diesem Projekt als wünschenswert gefordert worden, und auf Projektstufe hat sich jetzt gezeigt, dass dies ernst genommen wurde und Holz eingesetzt wird. Das Siegerprojekt erfüllt die Anforderungen insgesamt am besten. Andere Wettbewerbsprojekte hätten mehr Holz verwendet. Darum ist es aus unserer Sicht wichtig, dass bei der Optimierung dem Holz noch mehr Beachtung geschenkt wird, damit dieser Werkstoff – welcher unbestritten ökologisch wertvoll ist – in Zukunft noch mehr Chancen hat. Aber alle, die mit Bauen zu tun haben, wissen, dass dies nicht das einzige Kriterium bei einem solchen komplexen Projekt ist, um zum Ziel zu kommen. Aus Sicht der FDP hat das Thema Holz eine wichtige Signalwirkung und zeigt, dass dieses in einem Projekt eine Chance hat, wenn man es frühzeitig diskutiert.

Angela Lüthold: Ich spreche zum Postulat P 142. Es wurde schon viel gesagt, und die Regierung hat in ihrer Antwort geschrieben, dass sie aus Sicherheitsgründen den Bau aus Holz nicht durchführen möchte. Es ist Schnee von gestern, dass man kein Objekt aus Holz bauen kann, das den Sicherheitsanforderungen entspricht. Es gibt in der Schweiz genug Holzproduktionsfirmen, die in der Lage sind, solches Holz zu produzieren. Ich weiss, wovon ich rede. Ich bekomme täglich Anfragen von Holzverwaltungen, welche Holz verkaufen wollen und grosse Probleme haben, weil es niemand mehr kaufen will. Das ist eine Tatsache. Auf der anderen Seite haben wir Geld für die Bewältigung der Corona-Krise zur Verfügung gestellt, was richtig war. Aber man will nicht wahrhaben, dass der Wald ernsthafte Probleme hat. Die Ressource Holz ist sehr bedeutend. Sie generiert etwas 4,5 Prozent der gesamtschweizerischen Wertschöpfung. Der jährliche Holzverbrauch liegt bei 11 Millionen Kubikmetern, und es werden lediglich etwa 4,5 Millionen Kubikmeter geerntet. Man merkt, dass hier sehr viel Holz im Wald liegen bleibt. Wenn das Holz im Wald liegen bleibt, gibt es dürre Bäume, und Käfer kommen und vermehren sich immer mehr. Was man jetzt im Wald kaputt macht, kann man in den nächsten 40 Jahren nicht wiedergutmachen. Neben Wasser ist Holz der einzige Rohstoff, den wir in der Schweiz anbieten können. Es ist unverständlich, wieso Holz so gegen Beton ausgespielt wird. Kies wächst nicht nach, und auch der Zement muss mit teuren Verfahren hergestellt werden. Die Waldfläche nimmt jährlich etwa um 5400 Hektaren zu. Ich verkaufe auch gerne Beton, aber hier geht es um die Überlebenschance des Waldes. Der Holzpreis war noch nie so tief wie jetzt, also konnte man noch nie so günstig bauen wie jetzt. Die Regierung sagt, sie habe schon viele Projekte mit Holz gemacht. Aber es steht nicht, ob dies Schweizer oder importiertes Holz ist. Das ist doch der Punkt. Ab 2021 tritt das neue Beschaffungsrecht in Kraft, und dann sollten nicht mehr nur die günstigsten Angebote zählen, sondern es sollte auch auf die Qualität und die

Nachhaltigkeit geschaut werden. Ich spreche für eine Minderheit der SVP-Fraktion und bin für die Erheblicherklärung des Postulats.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Ich danke Ihnen für Ihre engagierten Beiträge und werde zuerst zum Postulat P 142 sprechen. Das Anliegen des Postulats ist sicher berechtigt, und wir haben die entsprechenden Vorgaben auch in die Wettbewerbsbedingungen zum Sicherheitszentrum in Rothenburg aufgenommen. Der Wettbewerb läuft im Moment. Wieso will die Regierung nur eine teilweise Erheblicherklärung? Bei allem Verständnis für das Anliegen «Holz» müssen wir doch die gesetzlichen Bestimmungen einhalten. Hier gilt es vor allem die Diskriminierungsbestimmungen einzuhalten. Zum Postulat P 353: Ja, die Fragen sind tatsächlich berechtigt. Aber ich glaube, wir haben in der Antwort auch aufgezeigt, dass der Regierungsrat unabhängig von der heutigen Diskussion die Verwendung von Holz für das zentrale Verwaltungsgebäude optimieren will. Etwas überrascht hat mich die Aussage von Kantonsrat Hasan Candan zu den verschiedenen Wettbewerbsprojekten. Sie haben erwähnt, dass Projekte auf den hinteren Rängen mehr Holz eingesetzt hätten. Das ist richtig. Aber Sie haben verschwiegen, um welches Holz es sich gehandelt hätte. Wir sind uns wohl darin einig, dass wir, wenn wir von Ökologie und Holzeinsatz sprechen, Schweizer Holz einsetzen wollen und wenn immer möglich Holz aus dem Luzerner Wald. Wenn jeder Kubikmeter von Luzern zuerst nach Deutschland gefahren werden muss, dort verarbeitet wird und dann wieder in die Schweiz als Rohstoff Holz zurücktransportiert und hier in einem Holzbaubetrieb für den Einsatz auf der Baustelle verarbeitet wird, dann sind wir uns wohl darin einig, dass dies nicht das Ziel sein kann. Wenn wir den Einsatz von Holz beim Verwaltungszentrum am Seetalplatz optimieren wollen, dann denken wir primär an Luzerner Holz. Hier müssen wir realistisch sein. Wenn man gewisse Gebäudehöhen oder Lasten erreicht, eignet sich Holz nicht mehr ganz so gut. Das ist zu akzeptieren. Ich verstehe die Sorgen der Holzbranche sehr gut, aber bitte akzeptieren Sie auch, dass es nicht allein Aufgabe der öffentlichen Hand sein kann, dieses Problem der einheimischen Holznutzung zu lösen. Dafür sind wir darauf angewiesen, dass auch private Bauherren auf Schweizer Holz oder noch besser Luzerner Holz setzen. Das ist halt in der Praxis oft nicht der Fall. Da brauchen wir uns nichts vorzumachen, denn ausländisches Holz ist halt günstiger. Wir müssen dies im Auge behalten. Ich kann Ihnen aber versichern, dass wir für die Optimierung des Wettbewerbsprojektes Seetalplatz die Verwendung von Luzerner Holz verbessern wollen. Da haben wir die gleichen Ziele, und ich hoffe auf die konstruktive Mitarbeit aller am Projekt Beteiligten. Ich bitte Sie, das Postulat P 142 teilweise erheblich zu erklären.